

Der Mini-Job

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Änderungen
-> Seite 2

Ab in den Süden?

Überblick über bundesweite Kürzungen und Proteste
-> Seite 3

Streik-Erfahrungen

An der TU Berlin wird seit einigen Tagen gestreikt – ein Interview
-> Seite 3

Streik!?

Stehen wir vor einer neuen studentischen Protestwelle?

Seitdem letzte Woche in Hannover mehr als 20.000 Menschen gegen die Kürzungen im Bildungsbereich auf die Straße gingen, spürt man Bewegung in den Hochschulen. Gerüchte über Studiengangschließungen und zurückgezogene Berufungen machen die Runde. Informationen über Proteste an anderen Standorten werden ausgetauscht – das Wort „Streik“ taucht immer häufiger auf. Viele halten es angesichts der massiven Kürzungspläne und der immer schärferen Forderungen nach Studiengebühren für notwendig, zu diesem „Ausnahmemittel“ zu greifen, um dem studentischen Protest ein angemessenes Forum zu bieten.

■ Doch was heißt Streik?

Jene, die den 97'er Streik nicht selbst miterlebten, können sich häufig nicht vorstellen, was ein studentischer Streik sein soll. „Soll ich mein Seminar boykottieren und zu Hause bleiben?“ – nein, ein studentischer Streik ist eine aktive Protestaktion! Ein studentischer Streik bedeutet vor allem: Wir tragen die Hochschule in die Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit in die Hochschule.

■ Wie organisiert sich ein Streik?

Den Beschluss für einen studentischen Streik fasst eine zu diesem Zweck einberufene Vollversammlung. Dabei legt sie – zweckmäßigerweise zumindest – mehrere Dinge fest:

- Wogegen richtet sich der Streik?
- Ziele: klare Forderungen mit klaren Adressaten
- Handelt es sich um einen befristeten oder unbefristeten Streik?
- Wann erklärt man einen Streik für beendet?

■ Streik – und dann?

Eines der maßgeblichen Ziele von Streiks ist es, öffentliche Aufmerksamkeit und Druck aufzubauen. Dafür sind folglich öffentlichkeitswirksame oder auch medienwirksame Aktionen notwendig: von der klassischen Vorlesung in der Fußgängerzone über selbst organisierte Seminare zu innovativen Protestformen – beispielhaft das symbolische Harakiri der JapanologInnen in der letzten Woche.

■ Was passiert mit meinen Prüfungen?

Streik bedeutet nicht automatisch totale Blockade. Das Vorbild aus Frankfurt und Marburg zeigt dies deutlich: Dort ermöglicht eine Absprache mit den DozentInnen und ProfessorInnen Regelungen, wie Scheine trotz Streiks erworben werden können. Auch machten die Vertreter der dortigen AstA deutlich, dass es nicht darum gehen kann, Leute von ihren Prüfungen fernzuhalten oder diese zu blockieren. Niemand soll schließlich aus einem Streik Nachteile haben, sondern alle Vorteile.

■ Was können wir allein erreichen?

Allein werden wir nichts erreichen können – aber sind wir wirklich allein? In Hessen wird bereits an vielen Standorten gestreikt. Die TU Berlin streikt, die FU und HU Berlin befinden sich im Ausstand, Bayern plant zahlreiche Vollversammlungen. In allen Ländern formiert sich Protest wegen Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich und der an den meisten Standorten geplanten Studiengebühreneinführung. Die Demo in Hannover hat

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Die Zeichen stehen auf ...?

Es ist eine ungewöhnliche Situation: Bildungspolitik schafft es in die Schlagzeilen und in die Abendnachrichten – das dürfte es seit PISA nicht mehr gegeben haben. In zahlreichen Bundesländern hat sich die Situation so zugespitzt, dass es selbst für die Presse interessant wurde: Den Anfang machten die Berliner Rektoren, die zum WS keine Studierenden mehr immatrikulieren wollten und so gegen die Kürzungen im Hochschulbereich protestieren. Ihr Protest blieb erfolglos und so stehen die Berliner Hochschulen Kopf. Streik, Demos, Aktionstage: rot-rot hat zusätzlich zu den Kürzungen gleich noch die Einführung von Studiengebühren beschlossen.

Selbiges gilt für Hessen, und auch für Bayern gibt es gleich lautende Ankündigungen. Da mochte Niedersachsen offenbar nicht nachstehen: 50 Mio Euro Kürzungen in drei Jahren und die Gegenfinanzierung über allgemeine Studiengebühren. Offenbar handelt es sich um den fehlenden sprichwörtlichen Tropfen: Zahlreiche Hochschulen sind bereits in Streik getreten oder planen Streik-VV'en für die nächsten Tage.

Auch in Niedersachsen gingen Tausende auf die Straße, um für bessere Bildung und gegen Sozialabbau zu demonstrieren. Solidarität mit anderen Standorten und anderen Statusgruppen wird bekundet, wir Studierenden scheinen be-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Der Mini-Job

Zusammenfassung der wichtigsten Änderungen

Beim Mini-Job liegt die Verdienstgrenze bei 400 Euro. Sie sind von kurzfristige Beschäftigungen (im Kalenderjahr nicht mehr als 2 Monate oder 50 Arbeitstage) zu unterscheiden.

Allerdings sind beide Job-Arten für den Arbeitnehmer *sozialversicherungs-frei*.

Es können mehrere Mini-Jobs ausgeübt werden, aber nicht beim selben Arbeitgeber. Wenn durch die Aufnahme eines zweiten Mini-Jobs die 400 Euro Grenze jedoch überschritten wird, dann sind ab diesem Monat Sozialversicherungsbeiträge für beide Beschäftigungen zu zahlen. Die Summen zwischen 400,01 Euro bis 800 Euro werden gemäß der Gleitzone-Regelung kostenpflichtig.

Bei den Verdienstgrenzen ist zu beachten:

Sonderzahlungen: Wenn durch Weihnachts- oder Urlaubsgeld die 400 Euro überschritten werden, dann tritt Versicherungspflicht ein.

Schwankender Verdienst: Maßgeblich für die Versicherungspflicht ist die Summe aller Verdienste für den Zeitraum von 12 Monaten. (Bsp.: September bis April 500 Euro und von Mai bis August 250 Euro = monatlich 416,67 Euro, also: versicherungspflichtig!)

Unvorhergesehener Arbeitseinsatz: Meint *gelegentliche und unvorhersehbare* Urlaubs- oder Krankheitsvertretung für Kollegen. Gelegentlich sind ein bis zwei Monate im Kalenderjahr, diese Überschreitung der 400 Euro Grenze bleibt folgenlos. Zur Interpretation der Monate: Hier sind die Verdienstüberschreitungen in zwei Kalendermonaten z.B. April bis Mai gemeint, nicht die tatsächliche zeitliche (z. B. drei Wochen) Mehrarbeit!

■ Sonderregelungen für Studierende

a) Rentenversicherung

Obwohl Studierende bis 20 Stunden in der Woche unabhängig von Verdienst versiche-

rungsfrei sind in den Zweigen der Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung sind, gelten in der Rentenversicherung keine Ausnahmen. Hier sind, wie bei allen anderen Arbeitnehmern, anteilige Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen, wenn das regelmäßige Arbeitsentgelt die Geringfügigkeitsgrenze von 400 Euro übersteigt und die Beschäftigung nicht von vornherein auf maximal 2 Monate bzw. 50 Arbeitstage innerhalb eines Kalenderjahres befristet ist.

Eine Neuerung: Mini-Jobber müssen vom Arbeitgeber über die Möglichkeit der Aufstockung der Rentenanwartschaft informiert werden. Der Betrag (7,5% vom Entgelt) wird vom Arbeitgeber mit den Pauschalabgaben an die Mini-Job-Zentrale überwiesen. Der Vorteil besteht darin, dass vollwertige Ansprüche in der Rentenversicherung erlangt werden.

Die Erklärung kann jederzeit abgegeben werden, aber eine Verzichtserklärung gilt für die gesamte Dauer aller Mini-Jobs und kann nur durch Kündigung aller Mini-Jobs widerrufen werden. Wenn mehrer Mini-Jobs ausgeübt werden, müssen die Abgaben für alle Beschäftigungsverhältnisse entrichtet werden.

b) Praktika

Für Praktika während des Studiums gibt es unterschiedliche Regelungen hinsichtlich der sozialversicherungsrechtlichen Beurteilung. Hier ist zwischen Praktika zu unterscheiden, die in der Studien- oder Prüfungsordnung vorgeschrieben sind und solchen, die freiwillig abgeleistet werden. Absolvierten Studenten im Rahmen ihres Studiums ein Pflichtpraktikum dann ist dies sozialversicherungs- und beitragsfrei. Die Höhe des Entgeltes spielt hierbei keine Rolle.

Um nachzuweisen, dass es sich um ein vorgeschriebenes Praktikum handelt, reicht die Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung und die Immatrikulationsbescheinigung beim Arbeitgeber. Bei einem freiwilligen Praktikum sollte das Arbeitsentgelt die 400 Euro nicht überschreiten, da sonst Beiträge zu zahlen sind.

c) Krankenversicherung

Hier bleiben *generell* die „alten“ Regelungen *gültig*! Die Verdienstgrenze liegt bei 340 Euro!

Allerdings bestehen einige Ausnahmeregelungen! In der Familienversicherung ist für die Bewertung die Geringfügigkeitsgrenze ausschlaggebend. Bei der Studentischen Krankenversicherung sind die Arbeitsstunden ausschlaggebend.

Hohmann-Affäre erreicht Göttinger Universität

Weitgehend unbemerkt hat die Antisemitismus-Affäre um den Bundestagsabgeordneten Hohmann die Göttinger Uni erreicht. In mehreren überregionalen Zeitungen waren am Freitag Solidaritätsanzeigen veröffentlicht worden, in denen seine Rede als „zwar problematisch“, aber „nicht antisemitisch“ bezeichnet wurde und die Fraktion aufgefordert wurde, sich gegen einen Ausschluss zu stellen.

Zu den Unterzeichner gehört auch ein – sich selbst als solches zu erkennen gebendes Mitglied des Göttinger RCDS und der Jungen Union (JU): Christian V. Selbiger ist bereits einschlägig als Autor der NPD-Zeitung *Junge Freiheit* bekannt geworden. Wir hoffen stark auf eine Distanzierung der beiden betroffenen Gruppen.

Fortsetzung von Seite 1

gezeigt: Wir sind viele! Und es werden zurzeit eher mehr denn weniger. Der studentische Dachverband fzs unterstützt die Proteste. Auch die Gewerkschaften – Stellenstreichungen betreffen schließlich v.a. auch die MitarbeiterInnen – solidarisieren sich mit den studentischen Protesten.

■ Wann, wenn nicht jetzt?

Wird es für eine neue Protestwelle reichen? Das kann niemand sagen. Wird es jedoch Kürzungen geben, wenn wir uns nicht wehren? Mit Sicherheit! Wird es Studiengeld geben, wenn wir unsere Ablehnung nicht laut in die Öffentlichkeit tragen? Mit hoher Wahrscheinlichkeit. Niemand kann eine Garantie dafür geben, dass wir erfolgreich sein werden mit unseren Protesten, aber:

„Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

Fortsetzung von Seite 1

reit zu sein, für unsere Rechte und Forderungen zu kämpfen. Unterschriften werden gesammelt, Plakate gemalt, Aktionstage durchgeführt, Vollversammlungen einberufen. Es wird über Streik auch in Göttingen diskutiert. Die Vollversammlung am Montag hat sich entschieden, dass es eine Streik-VV geben soll, auf der dieses entschieden werden soll. Wahrscheinliches Datum: Montag, 24.11.2003, 12 Uhr im ZHG. Doch stehen in Göttingen die Zeichen auf Streik? Was heißt eigentlich Streik? Wer, wann und wie? Die Juso-Hochschulgruppe möchte alle einladen, mit uns darüber zu diskutieren und eine Meinung zu bilden (siehe auch Veranstaltungankündigung auf Seite 4).

Wir sind nicht allein!

Ab in den Süden? – ein kurzer Bundesüberblick von Nord nach Süd:

Mit ab in den Süden zur Bildung ist das so eine Sache. Sicherlich denken die wenigsten bei „Süden“ in diesen Zusammenhang an Italien oder Mauretanien. Den einem oder anderem dürfte auch bekannt sein, das die bildungspolitischen Verhältnisse im unmittelbar an Göttingen südlich anschließenden Hessen nicht wirklich besser sind. Aber in so mythenumwobenen Gegenden wie Bayern oder Baden-Württemberg wurde doch sicherlich der hochschulpolitische Stein der Weisen, wenn nicht der hochschulpolitische Zauberrubel entdeckt?

Schleswig-Holstein

Ein „Expertenbericht“ hat die Zusammenlegung und Verlegung mehrerer Studiengänge und -standorte vorgeschlagen und wurde erhört. Gleichzeitig wurde eine zügige Umstellung auf Bachelor/Master (Ba/Ma) und die Einführung von Studiengebühren vorgeschlagen. Letzteres wurde durch ein rigides Modell von Studienkonten „ersetzt“.

Hamburg

Senator Dräger gehört zu den größten Gebührenbefürwortern bundesweit: für Alle, für alle mit Zweitwohnsitz (1000Euro), für „Langzeitstudierende“. Auch hier hat eine sog. Expertenkommission die Fusion der Standorte, Ba/Ma und Gebühren empfohlen. Zahlreiche und bereits Monate anhaltende Proteste sind bisher die Folge.

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern plant **nicht** die Einführung von Studiengebühren – das ist heutzutage schon erwähnenswert.

Brandenburg

Ende Oktober fand eine Aktionswoche der Studierendenvertretung gegen die Kürzungen der Landesregierung bei den Studentenwerken statt.

Berlin

Im letzten Semester drohten die Hochschulen mit Aufnahmestopp wegen ihrer Unterfinanzierung – dennoch gibt es weitere Kürzungen. Gleichzeitig sollen Studiengebühren eingeführt werden. Die TU streikt bereits, die HU hat am Mittwoch beschlossen, in den Streik zu treten, die FU hat in den nächsten Tagen ihre Vollversammlung.

Sachsen-Anhalt

In den nächsten drei Jahren sollen 10% der Mittel für die Hochschulen eingespart werden. Geplant ist außerdem die Einführung von Langzeitstudiengebühren. Die Selbstverwaltung der Hochschulen soll zugunsten einer zentralen Leitung durch das Rektorat stark beschnitten werden. Am Donnerstag finden Demonstrationen in Magdeburg und Halle statt.

Thüringen

In Thüringen wird gerade eine Langzeitstudiengebühr eingeführt. Sie soll ab dem nächsten Wintersemester erhoben werden.

Hessen

Kürzungen und Studiengebührenpläne haben die Hochschulen in den Ausstand getrieben: Marburg, Kassel, Frankfurt, Gießen und Darmstadt streiken. Erfrischend ehrlich die Begründung für die Langzeitstudiengebühren: Einnahmen für den Landeshaushalt. Dennoch sollen zugleich 30 Millionen Euro eingespart werden.

Nordrhein-Westfalen

NRW hat im letzten Jahr gezeigt, dass Streikbewegungen noch möglich sind: Im Zuge der Studiengebührendebatte traten hier alle Hochschulen in den Streik. Abgewendet wurden lediglich die Verwaltungskostenbeiträge, nicht jedoch die Studienkonten. Sicher war ihnen jedoch eine enorme Medienpräsenz.

Baden-Württemberg

Hier werden mittlerweile offen Studiengebühren zwischen 500 und 2000 Euro pro Semester diskutiert – sobald das Studiengebührenverbot des Hochschulrahmengesetzes durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben werden sollte, wird der Teufel hier zuschlagen.

Bayern

Nach der Wahl... Nach dem Ausscheiden des Wissenschaftsministers Zehetmayr ist eine der letzten Bastionen gefallen: Sein Nachfolger Goppel tritt offen für allgemeine Studiengebühren ein. Als Kanzlerkandidat war Stoiber noch gegen Studiengebühren. Gleichzeitig wird hier der Wissenschaftsetat um 10% gekürzt. Die Studierenden in München protestieren bereits – erste VVen sind geplant. Heute wird in München eine Großdemo stattfinden. Und womit drohen die Studierenden in München? Mit Wechsel der Uni – aber in den „Süden“ können sie ja nicht gehen.

Streik-Erfahrungen aus Berlin

Interview mit Diana Greim, studentische Personalrätin

Die TU Berlin hat in der letzten Woche einen unbefristeten Streik beschlossen, der sich v.a. gegen die Haushaltskürzungen im Bildungsbereich und die Einführung von Studiengebühren richtet. Was hat diese Entscheidung ausgelöst?

Ausgelöst wurde der Streik durch die anstehende Beschließung des Haushaltsentwurfes des Landes Berlin für 2005/06. Im Haushaltsentwurf sind zum ersten mal die Einnahmen aus den geplanten Studienkonten mit aufgeführt. Zudem sollen Berliner Hochschulen insgesamt 75 Mio Euro einsparen, wobei den größten Anteil die TU Berlin mit 30 Mio Euro tragen soll. Zudem werden in Berlin nicht einmal 85.000 Studienplätze voll ausfinanziert, bei einer tatsächlichen Studierendenanzahl von 140.000.

Warum Streik als Mittel?

So wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen, wird auch bei uns der Streik als allerletztes Mittel angesehen, um unsere Ziele durchzusetzen. Zudem ist der Streik die einzige Möglichkeit sich gemeinsam Zeit und Raum für Proteste zu nehmen. Erst wenn sichtbar wird, wie groß die Protestgruppe ist, werden die Probleme als solche wahrgenommen.

Was bedeutet Streik konkret?

Der Streik äußert sich vor allem durch öffentliche Präsenz der Studierenden in Form von Vorlesungen auf öffentlichen Plätzen, in U- und S-Bahnen. Es gibt einen täglich erneuerten Streikplan mit aktualisierten AG's. Es werden einzelne Universitätsgebäude besetzt, Lehrveranstaltungen gesprengt, u.s.w.

Von einem allgemeinen Fernbleiben vom Unibetrieb kann nicht die Rede sein. Zur Zeit ist der Streik unbefristet und wird auf der wöchentlichen VV bestätigt. In Berlin spricht man schon von einem „heißen Winter“.

Wie seht ihr die Chancen, dass es nicht bei diesem einzelnen Streik bleibt?

Neben der TU Berlin hat nun auch die HU den Streik beschlossen. An der FU findet noch diese Woche eine Streik-VV statt. Ich hoffe, dass sich der Streik noch auf die anderen Bundesländer ausweiten wird.

Diana Greim, 26 Jahre, Studentin der Geschichte und Germanistik auf Lehramt an der TU Berlin, Projektutorin und Personalrätin

RCDS bundesweit für Studiengebühren

Die Bundesvorsitzende des RCDS hat sich vor einer Woche deutlich für die Einführung von allgemeinen Studiengebühren ausgesprochen. Auch wenn es bereits seit langem immer wieder Forderungen dieser Art aus dem Verband gab, handelt es sich doch erstmalig um eine deutliche offizielle Positionierung des Bundesvorstandes.

Der Göttinger RCDS sah sich dann – löblicherweise – auch sofort genötigt, sich gegen Studiengebühren auszusprechen. Wir hoffen, dass der Göttinger RCDS sich für eine Richtungsänderung des Bundesverbandes einsetzen wird – denn: Studentische Interessensvertretung kann nie mit der Forderung nach Studiengebühren vereinbar sein!



SPD-Nachwuchs für Studiengebühren

Im Vorwege des SPD-Bundesparteitages hat das „Netzwerk“, ein Zusammenschluss junger Bundestagsabgeordneter der SPD, ein Papier zur bevorstehenden Programmdiskussion veröffentlicht. Öffentliche Aufmerksamkeit erlangten v.a. zwei Abschnitte: Jede Arbeit soll für Arbeitslose als zumutbar erklärt werden und die Forderung nach nachlaufenden Studiengebühren.

Pikanterweise gehörten zu den Unterzeichnern u.a. Christoph Matschie, Staatssekretär im Bundesbildungsministerium. Das Bildungsministerium hatte jedoch in der letzten Novelle des Hochschulrahmengesetzes ein Studiengebührenverbot verankert, gegen das zzt. mehrere unionsgeführte Länder vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Postwendend sah er sich denn auch genötigt, Studiengebührenpläne zu dementieren und als vorläufige Mehrheitsentscheidung des Netzwerkes darzustellen.

HochschulDebattierungskonzept

Waren es jetzt 20.000, nur 17.000 oder schon 18.000? Wie üblich darf jeder seine persönliche Lieblingszahl schätzen, wenn es um „Bildet-die-Rettung“ geht. Den ein oder anderen Tausender wegdebattieren, schon ist der Ärger etwas kleiner.

Nur: Selbst wenn man sich alles schön und rechnet; jeder zehnte Studierende aus Niedersachsen stand am Mittwoch auf dem (leider ziemlich kalten) Opernplatz in Hannover. Darunter viele der üblichen Verdächtigen, aber noch viel mehr Protestneulinge, die der Ärger über das auf die Straße getrieben hat, was man in diesem Land unter dem Titel „Hochschuloptimierungskonzept“ fast ungestraft verkaufen darf. Als „Unwort des Jahres“ wäre der Begriff nicht schlecht geeignet.

Wir stellen fest: Wir haben einen sträflich irreführenden Begriff. Wir haben eine riesige Protestwelle in Niedersachsen, die in den nächsten Wochen noch größer werden wird. Was also wird man regierungsseitig versuchen – natürlich, den ganzen Ärger bis Weihnachten zu ertragen. Man wird darauf bauen, dass stille Tage am heimischen Herd die Gemüter schon wieder beruhigen, dass nach Weihnachten die Prüfungen und Klausuren kommen und man dann endlich ungestört und seelenruhig weiter optimieren kann.

■ Nicht abspeisen lassen!

Die richtige Frage in dieser Situation stellt Lenin – oder besser: entlehnt er Tschernyschewsky – und sie lautet: „Was tun?“

Die Antwort könnte ganz einfach sein: Aus dem Optimierungs- ein HochschulDebattierungskonzept machen. Wir sollten über die Hochschulen und ihre Leistungen

reden, offensiv und verständlich wo immer es geht. Und den zuständigen Minister überall dorthin einladen, wo er „Stärken-SchwächenAbbauen“ will. Denn vor Ort, im Gespräch liest sich so eine Entscheidung nun einmal ganz anders, als im wohligen warmen Kabinettszimmer zu Hannover. Sprechen, debattieren, diskutieren, überzeugen und sich dabei auch verkaufen – Reden in allen seinen Formen steht auf der Agenda.

■ Reden und Essen

Es wird kaum überraschen, dass diese Kolumne meint: Es gibt nur einen vernünftigen Ort zum Reden. Und der liegt nicht im stillen Kämmerlein bei bitterem Kaffee und trockenen Vorzimmerkekse. Der Ort zum Reden ist die große Tafel. Essen und Reden gehören einfach zusammen.

Gut, für 20.000 Demonstranten muss es ein wenig einfacher zugehen. Also kaufen wir viele Hokkaidokürbisse, die kann man (gewaschen und entkernt) mit der Schale kochen. Dazu Knoblauch, Zwiebeln, Möhren, gerne auch eine Pastinake oder eine Petersilienwurzel. Natürlich pürieren. Und dann scharf würzen: Mit verschiedenen Sorten Curry, mit frischem Ingwer, der erst spät dazukommt, um sein volles Aroma zu behalten. Mit Kreuzkümmel, Chili, gerne auch noch etwas Kardamom und Zimt, um es noch etwas spannender zu machen.

Das kann man auch in großen Mengen produzieren; es ist so lecker, dass man ruhig Minister von den Schnittchen weglocken darf – um dann mit ihnen zu reden, sprechen, überzeugen. Das sollte auch bei Wissenschaftsministern möglich sein, hofft

Euer Proletarischer Siebeck

Veranstaltungsankündigung:

Streik – das ultimative Protestmittel?

Wir laden alle Interessierten ein, mit uns über Voraussetzungen, Ziele und Zweckmäßigkeit eines möglichen Streiks in Göttingen zu diskutieren.

Wann: Donnerstag, 20.11. 2003 um 20.15 Uhr

Wo: Theologicum, Raum 6

Wir treffen uns in der Vorlesungszeit regelmäßig jeden Donnerstag um 20 c.t. Uhr im Theologicum, Raum 6.

Kontakt über Alexandra (Tel. 6337144)



Juso

Hochschulgruppe Göttingen

Vi.S.d.P. Alexandra Ortmann